

ANFRAGE

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	23.11.2021
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

22.12.2021

Betreff:

Plakatierung Bundestagswahl 2021

1. Durch die Ordnungsverwaltung wurden der Straßenverkehrsbehörde insgesamt 18 Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf vergessene Plakate gemeldet. Diese wurden nach Aufforderung durch die Parteien entfernt bzw. waren zum Zeitpunkt der Aufforderung bereits entfernt worden.
2. Die Straßenverkehrsbehörde ist den unter 1. genannten Ordnungswidrigkeiten nachgegangen (vergessene Plakate, hiervon 10 SPD, 6 AfD, 1 FDP, 1 CDU). Durch den Bauhof der Stadt Siegen wurden während der wöchentlichen Kontrollfahrten auf die Verkehrssicherheit durch die beiden Streckenfahrzeuge des Bauhofs nochmals 36 Plakate entfernt (hiervon 24 SPD, 6 AfD, 3 CDU, 1 VOLT, 1 DieBasis, 1 DKP).
Zu früh angebrachte Plakate wurden keine registriert. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hatten zwar angefragt, ob früher plakatiert werden könne, aber als dies seitens der Straßenverkehrsbehörde verneint wurde, hielt man sich seitens der Partei daran.

Die Meldung falsch angebrachter Plakate belief sich auf geschätzt maximal fünf, die seitens der Straßenverkehrsbehörde mit den Parteien telefonisch geklärt wurden, aber nicht schriftlich dokumentiert sind.

3. Da die einzelnen Vorgänge sofort per Email bzw. telefonisch geklärt werden konnten und durch die Parteien jeweils umgehend Abhilfe geschaffen wurde, mussten keine Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet werden.
4. Eine zahlenmäßige Begrenzung der Wahlplakate war in der Vergangenheit nicht nötig, da in Siegen durch die Parteien selbst bei Bundestagswahlen, an denen eine Vielzahl von Parteien teilnimmt, sehr moderat plakatiert wird. Daher wird eine diesbezügliche Begrenzung für derzeit nicht notwendig erachtet, zumal lediglich 12 Parteien eine Sondernutzungserlaubnis zur Wahlplakatierung beantragt und erhalten haben.

Die Anzahl der Wahlplakate ist lediglich auf den Plakatwänden der Firma Ströer (Deutsche Städte Medien GmbH) begrenzt. Dies ist vertraglich geregelt. Hierbei stellt die Firma Ströer je Wahl 50 Plakatwände zur Verfügung.

Eine Begrenzung der Plakatierung erfolgt darüber hinaus durch die in den Sondernutzungserlaubnissen für Plakatwerbung, die den einzelnen Parteien auf Antrag erteilt werden, aufgeführten Auflagen. Diese sind im Einzelnen:

 - Es ist unzulässig Plakate zur Wahlwerbung in Verbindung mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (Lichtsignalanlagen, Überörtliche Beschilderungen, Wegweisende Beschilderungen, Schilderbrücken, Fußgängerschutzgeländern) anzubringen.
 - An den Kreuzungen Koblenzer Straße/Spandauer Straße/Berliner Straße (Kochs Ecke) und Leimbachstraße/Kirchweg/Koblenzer Straße (Kleins Ecke) sowie im Bereich der Kreisverkehre ist eine Plakatierung nicht erlaubt.
 - Es ist nicht erlaubt, Wahlplakate an Straßenschildern und historischen Straßenschildern anzubringen.
 - Es ist unzulässig Wahlplakate an den historischen Stadtmauern anzubringen.
 - An Bäumen im Bereich von Straßen, Gehwegen, Fußgängerzonen und Radwegen ist keine Wahlwerbung erlaubt.
 - An Straßenbeleuchtungsmasten im Bereich von Straßen, Gehwegen und Radwegen sind pro Mast zwei Doppelplakatträger zulässig.
 - Im Bereich von Fußgängerzonen und an der "historischen" Straßenbeleuchtung ist nur ein Doppelplakatträger pro Beleuchtungsmast erlaubt.
 - In der sogenannten Bannmeile rund um das Briefwahlbüro im Rathaus Oberstadt ist das Anbringen von Wahlplakaten nicht erlaubt.